

Auswertung MDRfragt:

Heizen, tanken, essen - Wie sollen wir die steigenden Preise bezahlen?

Befragungszeitraum: 11.-14.03.2022

33.834 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Teil I: Politische Forderungen und Energie-Embargo

Deutliche Mehrheit fordert politische Reaktionen auf steigende Energiepreise

**Drei Viertel für Verlängerung der Laufzeiten der Kohle- und Atomkraftwerke
...aber noch mehr für Ausbau der alternativen Energien**

Deutliche Mehrheit für künftige Unabhängigkeit der deutschen Energieversorgung

Energie-Embargo gegen Russland: Zwei Drittel dagegen

Drei Viertel sind nicht bereit, für Energie-Embargo mehr zu zahlen

Teil II: Persönliche Betroffenheit und Auswirkungen

Fast jedem bereitet die derzeitige Preisentwicklung Sorgen

Vor allem Lebensmittel- und Tankkosten schlagen schon jetzt bei großer Mehrheit aufs Haushaltsbudget

Hälfte der Autofahrer schränken ihr Fahrverhalten ein

Die Ergebnisse im Detail:

Teil I: Politische Forderungen und Energie-Embargo

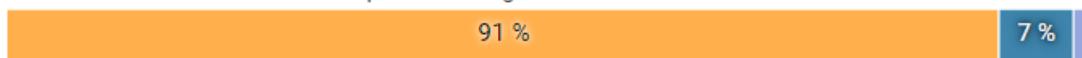
Deutliche Mehrheit fordert politische Reaktionen auf steigende Energiepreise

Die deutliche Mehrheit der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, fordern politische Reaktionen, um die steigenden Energiepreise abzufedern. 93 Prozent sprechen sich für eine vorübergehende Mehrwertsteuersenkung auf Energie aus. Außerdem sind etwa 9 von 10 dafür, Preisbremsen für Heiz- und Strompreise (91 %) oder für Spritpreise (88 %) einzuführen.

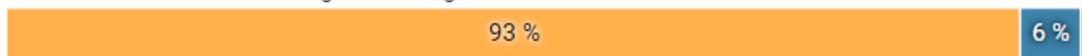
Frage: Bevor wir uns mit den steigenden Tank- und Lebensmittelpreisen beschäftigen, soll es zunächst um die Energiepreise gehen. Wie sollte Deutschland Ihrer Meinung nach auf die steigenden Preise im Energiebereich politisch reagieren?

● stimme (eher) zu ● stimme (eher) nicht zu ● keine Angabe

Preisbremse für Strom- und Heizpreise festlegen



die Mehrwertsteuer auf Energie vorübergehend senken



2

Frage: Kommen wir nun noch einmal speziell zu den Spritpreisen. Ein Liter Diesel oder Benzin kostet mittlerweile deutlich mehr als 2 Euro. Die weitere Entwicklung ist noch nicht absehbar. Sind Sie für eine staatliche Spritpreisbremse?



Drei Viertel für Verlängerung der Laufzeiten der Kohle- und Atomkraftwerke – aber noch mehr für Ausbau der alternativen Energien

Eine Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraft- und Atomkraftwerke befürworten jeweils rund drei Viertel (75 bzw. 73 %). Für den Ausbau alternativer Energien ist jedoch ein noch größerer Teil der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (82 %). Die Förderung des privaten Ausbaus von nachhaltiger und autarker Energieversorgung, wie Solaranlagen oder Wärmepumpen, finden 86 Prozent wichtig. Eine Verpflichtung zu diesem Ausbau bei Neubauten befürworten deutlich weniger, mit 63 Prozent aber dennoch die Mehrheit.

Frage: Bevor wir uns mit den steigenden Tank- und Lebensmittelpreisen beschäftigen, soll es zunächst um die Energiepreise gehen. Wie sollte Deutschland Ihrer Meinung nach auf die steigenden Preise im Energiebereich politisch reagieren?

● stimme (eher) zu ● stimme (eher) nicht zu ● keine Angabe

den Kohleausstieg verschieben (derzeit geplant: spätestens 2038)



den Ausstieg aus der Atomkraft verschieben (derzeit geplant: Ende 2022)



den Ausbau alternativer Energien beschleunigen



den privaten Ausbau nachhaltiger und autarker Energieversorgung stärker fördern (z.B. Solaranla...



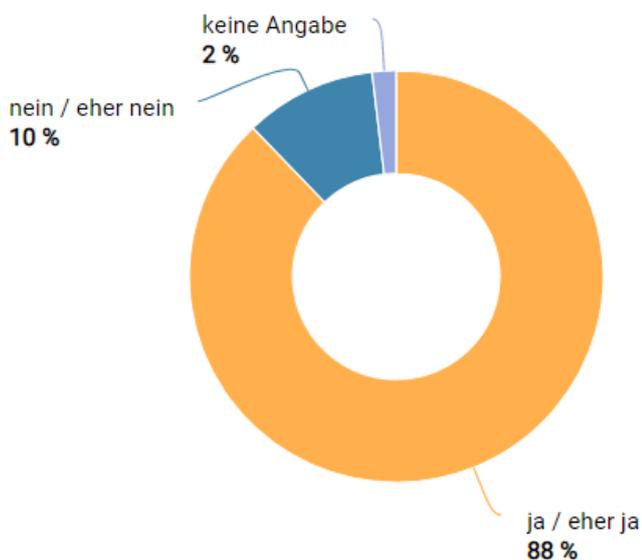
die nachhaltige und autarke Energieversorgung bei Neubauten verpflichtend machen (z.B. Solard...



Deutliche Mehrheit für künftige Unabhängigkeit der deutschen Energieversorgung

Die deutliche Mehrheit (88 %) spricht sich dafür aus, dass sich Deutschland bei der Energieversorgung künftig generell unabhängiger von anderen Staaten macht. Ein Zehntel findet dies jedoch nicht.

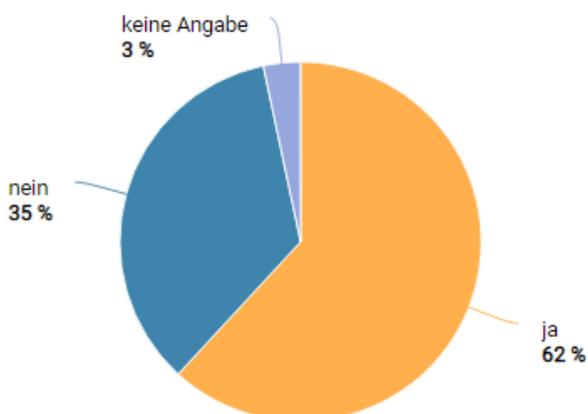
Frage: Und sollte sich Deutschland bei der Energieversorgung künftig generell unabhängiger von anderen Staaten machen?



4

In unserer Befragung kurz vor dem Angriff auf die Ukraine hatten wir danach gefragt, ob sich Deutschland unabhängiger von *Russland* machen sollte. Damals stimmten 62 Prozent dem zu:

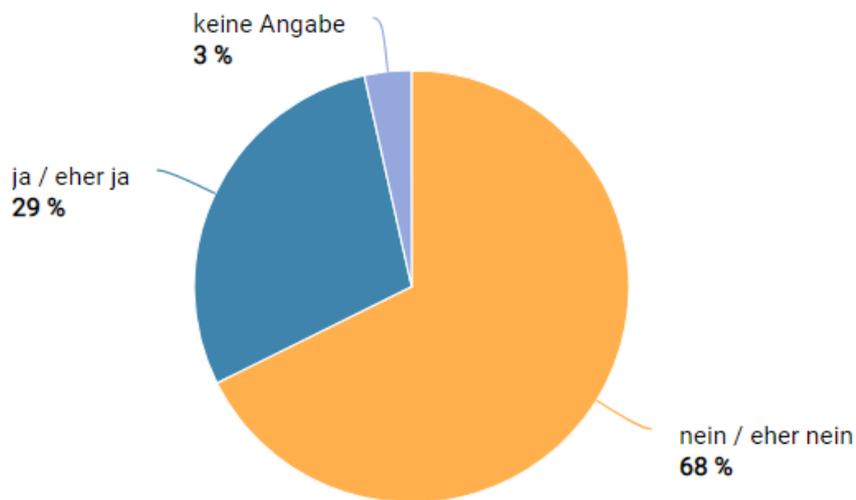
Frage aus der Befragung vom 17.-22.02.2022: Sollte sich Deutschland bei der Energieversorgung unabhängiger von Russland machen?



Energie-Embargo gegen Russland: Zwei Drittel dagegen

In der Politik wird darüber diskutiert, als weitere Sanktion gegen Russland vorerst keine Rohstoffe wie Öl, Gas und Kohle aus dem Land mehr zu beziehen. Rund zwei Drittel der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, sind dagegen, dass die Bundesregierung alle Energie-Importe aus Russland stoppt (68 %). Weniger als ein Drittel spricht sich dafür aus (29 %).

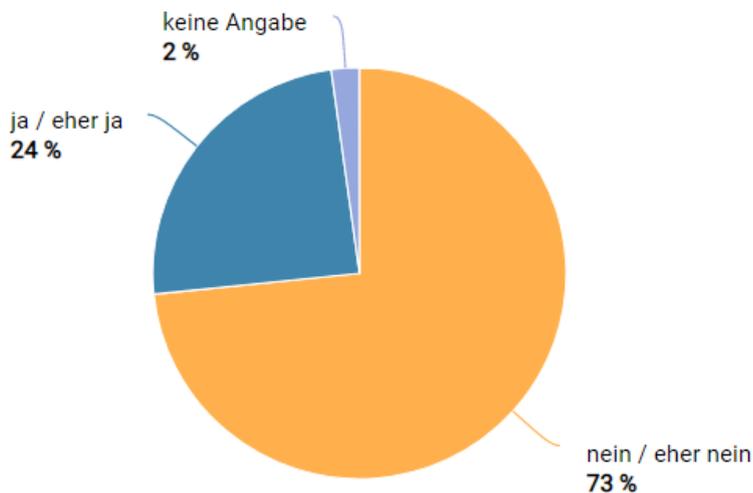
Frage: In der Politik wird darüber diskutiert, als weitere Sanktion gegen Russland vorerst keine Rohstoffe wie Öl, Gas und Kohle aus dem Land mehr zu beziehen. Sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach aktuell alle Energie-Importe aus Russland stoppen?



Drei Viertel sind nicht bereit, für Energie-Embargo mehr zu zahlen

Ein Energie-Embargo Russlands könnte zu starken Preisanstiegen führen, unter anderem beim Heizen, Autofahren, aber auch bei Lebensmitteln und vielen weiteren Produkten. Rund drei Viertel – also noch einmal mehr als ein Embargo generell ablehnen – sind nicht bereit, aufgrund eines Energie-Embargos deutlich mehr zu bezahlen (73 %). Etwa ein Viertel würde dies jedoch tun (24 %).

Frage: Ein Energie-Embargo Russlands könnte zu starken Preisanstiegen führen, unter anderem beim Heizen, Autofahren, aber auch bei Lebensmitteln und vielen weiteren Produkten. Sind Sie bereit, in diesem Fall deutlich mehr zu zahlen?



Große Mehrheit hat Sorgen um die Energieversorgung in Deutschland

87 Prozent machen sich aufgrund der Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts Sorgen um die Energieversorgung in Deutschland. 13 Prozent tun dies aktuell nicht.

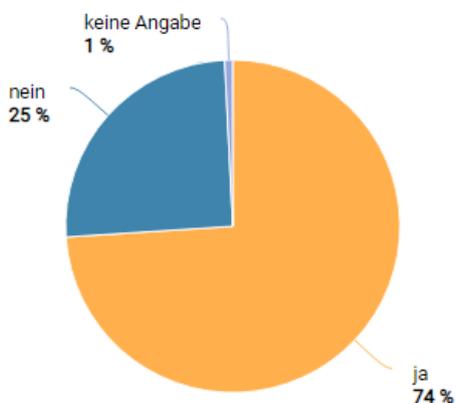
Frage: Wenn es um Gas, Öl und Kohle geht, ist Russland bislang ein wichtiges Land für Deutschland. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums importieren wir aus Russland...55 % unseres Gases 50 % der Kohle 35 % des Rohöls. Machen Sie sich aufgrund der Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts Sorgen um die Energieversorgung in Deutschland?



7

Bereits kurz vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine haben wir nach diesem Aspekt gefragt. Damals machten sich mit 74 Prozent noch weniger Menschen Sorgen um dieses Thema.

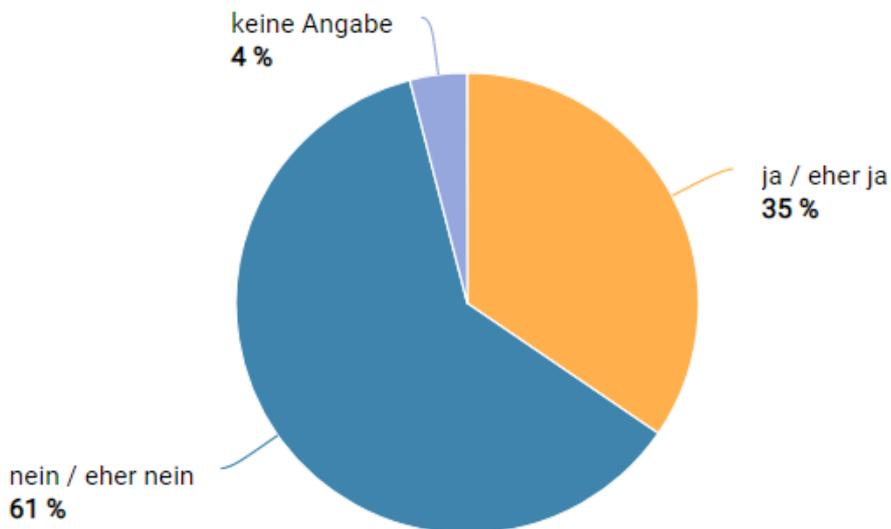
Frage aus der Befragung vom 17.-22.02.2022: Deutschland bezieht von Russland viel Erdgas (2019 kam rund die Hälfte der deutschen Erdgasimporte aus Russland). Machen Sie sich aufgrund der Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts Sorgen um die Energieversorgung in Deutschland?



Mehrheit fürchtet nicht, dass Klimaschutz aktuell zu kurz kommt

Dass aufgrund der aktuellen Lage der Klimaschutz in der Politik zu kurz kommen könnte, befürchten 61 Prozent derzeit nicht. Rund ein Drittel (35 %) macht sich diesbezüglich jedoch Sorgen.

Frage: Haben Sie Sorge, dass aufgrund der aktuellen Lage der Klimaschutz in der Politik zu kurz kommt?



Teil II: Persönliche Betroffenheit und Auswirkungen

Fast jedem bereitet die derzeitige Preisentwicklung Sorgen

Die aktuell teils stark steigenden Preise in vielen Bereichen machen fast allen MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmern Sorgen (95 %).

Frage: Derzeit steigen, unter anderem durch den Krieg in der Ukraine, in vielen Bereichen die Preise. Bereitet Ihnen die Preisentwicklung Sorgen?

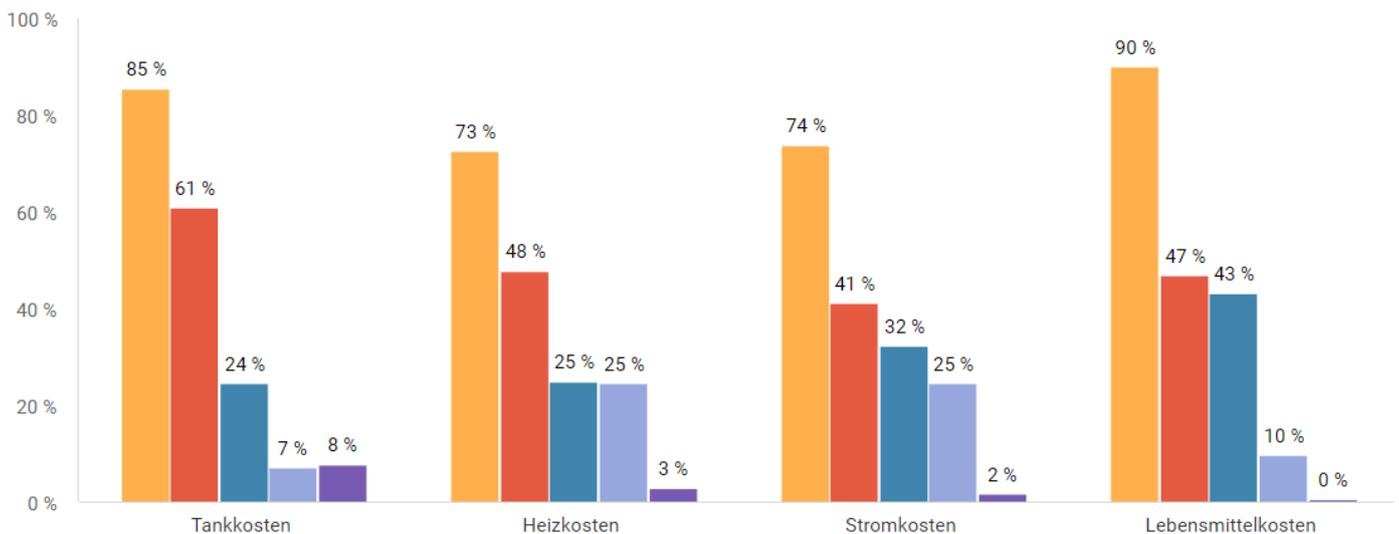


Vor allem Lebensmittel- und Tankkosten schlagen schon jetzt bei großer Mehrheit aufs Haushaltsbudget

Die steigenden Preise machen sich schon jetzt bei der großen Mehrheit der MDRfragt-Mitglieder im Portemonnaie bemerkbar: So geben 90 Prozent an, dass die steigenden Lebensmittelkosten das Haushaltsbudget etwas oder stark belasten. Bei den Tankkosten sind es 85 Prozent, wobei hier insbesondere der Teil derjenigen, die angegeben haben, dadurch starke Auswirkungen zu spüren, besonders groß ist (61 %). Auch Heiz- und Stromkosten belasten aktuell bereits bei rund drei Vierteln das Budget (73 bzw. 74 %). Hier hat jeweils ein Viertel angegeben, noch nichts von den Erhöhungen zu spüren – vermutlich, weil diese Kosten teilweise erst mit Nebenkostenabrechnungen mit deutlichem Zeitverzug bemerkbar werden.

Frage: Wenn Sie es mit der Situation vor einem Monat vergleichen: Belasten steigende Preise aktuell ihr Haushaltsbudget?

● stark oder etwas
 ● stark
 ● etwas
 ● bislang nicht
 ● trifft auf mich nicht zu / keine Angabe

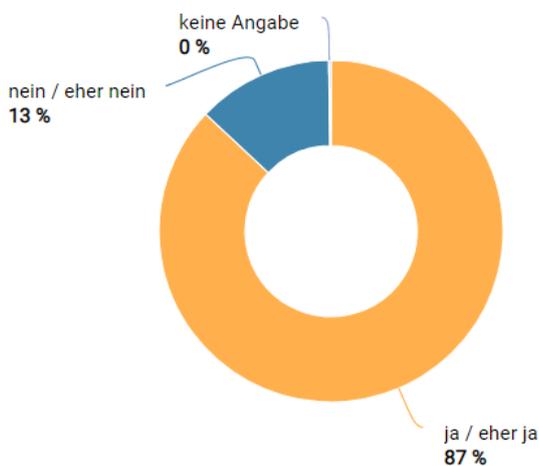


Hälfte der Autofahrer schränken ihr Fahrverhalten ein

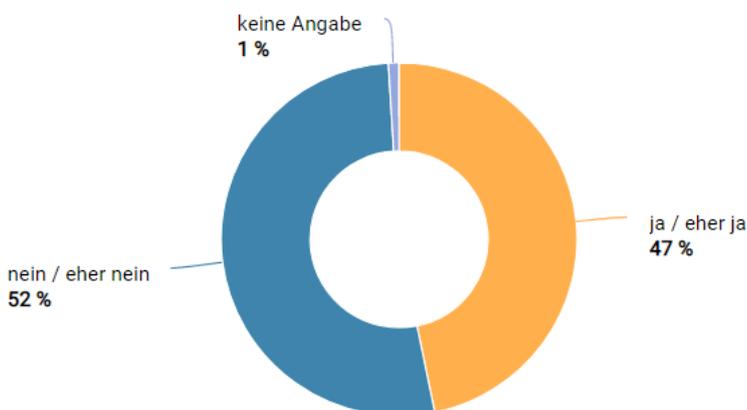
91 Prozent der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, haben selbst ein Auto und nutzen dies regelmäßig – der allergrößte Teil davon ein Benzin- oder Dieselfahrzeug (94 %).

Von ihnen wollten wir wissen, ob sie im Alltag auf ihr Auto angewiesen sind und ob sie aufgrund der stark gestiegenen Tankpreise ihr Fahrverhalten geändert haben. Obwohl 87 Prozent angegeben haben, dass sie im Alltag ihr Auto brauchen, versucht rund die Hälfte der Autofahrer aktuell, ihr Auto häufiger stehen zu lassen (47 %). Bei mehr als der Hälfte ist das jedoch nicht der Fall (52 %).

Frage: Sind Sie in Ihrem Alltag auf Ihr Auto angewiesen?



Frage: Fahren Sie angesichts der stark gestiegenen Benzin- und Dieselpreise aktuell weniger Auto als noch vor ein paar Wochen?



Selbst rund die Hälfte derjenigen, die täglich auf ihr Auto angewiesen sind, fahren derzeit weniger als noch vor ein paar Wochen:

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● keine Angabe

Gesamt



auf Auto angewiesen



nicht auf Auto angewiesen



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 11.03.- 14.03.2022 stand unter der Überschrift:

Heizen, tanken, essen - Wie sollen wir die steigenden Preise bezahlen?

Insgesamt sind bei MDRfragt 59.970 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 14.03.2022, 21.00 Uhr).

33.834 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	552 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	5.827 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	14.177 Teilnehmende
65+:	13.278 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	17.628 (52 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	8.192 (24 Prozent)
Thüringen:	8.014 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	15.365 (45 Prozent)
Männlich:	18.400 (55 Prozent)
Divers:	69 (0,2 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.